

**Stadtrat**

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 12. März 2002

Nr. 1740

Jahresrechnung 2001

**Nachtragskredite, gebundene Ausgaben und Zusatzkredite im Rechnungsjahr 2001****1 Gewährung von Nachtragskrediten**

Fr.

*LAUFENDE RECHNUNG*

## POLIZEIVERWALTUNG

Stadtpolizei

410.306	Dienstkleider	159'500
---------	---------------	---------

Im August 1999 beschloss das Ostschweizerische Polizeikonkordat die Konzeption und Anschaffung einer einheitlichen Arbeitsuniform für die Ostschweizer Polizistinnen und Polizisten. In diese Neuuniformierung ist auch die Stadtpolizei eingebunden. Nach umfangreichen organisatorischen Abklärungen wurde die Neuuniformierung erst im Jahre 2001 durchgeführt. Die bereits im Budget 2000 eingestellten Mittel mussten nicht beansprucht werden, hingegen ergibt sich die erwähnte Überschreitung in der Rechnung 2001.

Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser

418.311	Parkuhren, Funkanlagen, Mobiliar	103'000
---------	----------------------------------	---------

Für die Bewirtschaftung von Parkplätzen im Gebiet Dreilinden/Notkersegg, an der Oberen Friedhofstrasse/Rittmeyerstrasse, an der Geltenwilenstrasse sowie an der Zwinglistrasse mussten Sammelparkuhren und Ticketautomaten angeschafft werden. Der grösste Anteil, nämlich 75'000 Franken, entfiel dabei auf die Automaten im Gebiet Dreilinden und steht im Zusammenhang mit der vom Grossen Gemeinderat beschlossenen Schutzverordnung.



## VERWALTUNG DER SOZIALEN DIENSTE

## Abteilungssekretariat

5090.36590 Spitex; Beiträge an verschiedene Organisationen 185'300

Mit Beschluss vom 28. August 2001 hat der Grosse Gemeinderat einer Erhöhung der Subvention ab 2002 zugestimmt. Als Begründung wurde auf die seit 1999 von den Krankenkassenprämien nicht mehr übernommenen Wegentschädigungen hingewiesen. Dies führte – die Anzahl der verrechneten Stunden veränderten sich kaum – zu höheren Restkosten zulasten der Stadt auch im Rechnungsjahr 2001.

## BAUVERWALTUNG

## Tiefbauamt

## Strasseninspektorat

611.318 Winterdienst und übrige Dienstleistungen 537'000

Das Budget basierte auf einem Durchschnittswinter – ohne Berücksichtigung von Ausnahmejahren – so dass die starken Schneefälle zu Mehraufwendungen von 596'000 Franken für Pfadarbeiten durch Dritte führten. Durch Einsparungen auf anderen Konten muss nur für den erwähnten Betrag ein Nachtragskredit eingeholt werden.

## Liegenschaftenamt

## Bauplätze und Bodenabschnitte

643.330 Abschreibung auf den Buchwerten 2'416'400

Am 14. Dezember 1999 wurden der Verkauf und der Tausch zwischen der Politischen Gemeinde St.Gallen und dem Schweizer Verband der Raiffeisenbanken bezüglich der Liegenschaften und der Grundstücke in den Gebieten Bleicheli-Süd und Bleicheli-Nord vom Grossen Gemeinderat genehmigt. In diesem Zusammenhang wurde für den Abschreibungsbedarf betreffend der Liegenschaften Bleicheli-Süd ebenfalls ein Nachtragskredit von Fr. 2'234'376.- zu Lasten der Laufenden Rechnung 2000 erteilt. Durch verschiedene Verzögerungen konnte dieser Betrag nicht mehr der Vorjahresrechnung belastet werden. In der Zwischenzeit sind sämtliche Vorbehalte des Kauf- und des Tauschvertrages bezüglich Bleicheli Süd und Nord erfüllt worden und die Verträge wurden am 7. September 2001 resp. am 21. September 2000 im Grundbuch eingetragen.

Für den Strassenbau im Gebiet Bleicheli-Süd (Ausbau und Instandstellung Gartenstrasse) wurden von den Grundstücken St.Gallen Nr. 48 44.6 m<sup>2</sup> (Restbuchwert Fr. 96'524.-) und von Nr. 4800 19.3 m<sup>2</sup> (Buchwert Fr. 85'471.40) Boden benötigt. Als „Strassenbauland“ haben



diese Bodenstücke noch einen Wert von pauschal Fr. 10'000.--. Dieser Betrag wurde vom Tiefbauamt bereits überwiesen. Im früher bewilligten Nachtragskredit sind die abzuschreibenden Inventarwerte von Fr. 181'995.40 bezüglich Landabtretungen an die Gartenstrasse nicht enthalten.

Aus den Tauschgeschäften mit den Raiffeisenbanken in den Jahren 1992/93 und 2000 resultierte ein - in den damaligen Rechnungsjahren realisierter - Buchgewinn von insgesamt 14,1 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung des jetzigen Buchverlustes ergibt sich ein positives Gesamtergebnis für die Stadt von rund 11,7 Mio. Franken.

643.330	Abschreibung auf den Buchwerten	5'822'800
---------	---------------------------------	-----------

Mit der Inkraftsetzung des ersten Teilplans des Zonenplans per 1. Dezember 2001 ist die Rückzonung der Parzelle Sittertalstrasse W 4709 in die Landwirtschaftszone rechtskräftig geworden. Damit ergibt sich ein erheblicher Abschreibungsbedarf. Während dieses Grundstück von 22'559 m<sup>2</sup> in der städtischen Bilanz mit einem Wert von Fr. 5'934'817.35 zu Buche steht, ist es als landwirtschaftliches Grundstück unter der Annahme eines Quadratmeterpreises von Fr. 5.--/m<sup>2</sup> lediglich etwa 112'000 Franken wert. Es besteht also ein Wertberichtigungsbedarf von Fr. 5'822'800.--, auf den im Zusammenhang mit der Umzonung verschiedentlich hingewiesen wurde.

## VERWALTUNG DER TECHNISCHEN BETRIEBE

Entsorgungsamt; Abwasserreinigungsanlagen

723.315	Unterhalt des Betriebsmobiliars	139'000
---------	---------------------------------	---------

Diese Kreditüberschreitung hat zwei Ursachen. Einerseits konnte eine im Vorjahr geplante Revision der Siebbandpresse in der ARA Au nicht realisiert werden (Fr. 73'000.--). Andererseits musste eine für das Jahr 2002 vorgesehene Revision des Blockheizkraftwerkes vorgezogen werden, da verschiedene Leckagen aufgrund von undichten Fussdichtungen auftraten (Fr. 66'000.--)

## SCHULVERWALTUNG

Schulamt

Fördernde Massnahmen, Integrative Schülerhilfe

836.302	Löhne	131'000
---------	-------	---------

Gestützt auf Artikel 34 des Volksschulgesetzes sind bei den Fördernden Massnahmen Mehr-



aufwendungen im Rahmen von rund 40 Wochenlektionen in den 15 Primar- und sieben Oberstufenschulen entstanden. Die Mehraufwendungen betrafen vor allem zusätzliche Förderlektionen (insbesondere Deutsch für Fremdsprachige) in den Kleinklassen, Klassenhilfen im Einzelfall bei grossen Klassen (26 und 27 Kinder) sowie zusätzliche Differenzierungshilfen wegen heterogener Klassenzusammensetzung.

## FINANZVERWALTUNG

### Finanzamt

906.330	Abschreibungen von Darlehen und Beteiligungen des Finanzvermögens	176'200
---------	--	---------

Seit den 40er Jahren war die Stadt St.Gallen am Kapital der Schweizerischen Luftverkehrs AG, dann der Swissair und zuletzt der SAirGroup, beteiligt. Insbesondere von 1983 bis 1990 fanden verschiedene Kapitalerhöhungen statt, an denen die Stadt, im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Hand, ebenfalls teilnahm. Ende des Jahres 2000 waren 2'189 Namenaktie mit einem Buchwert von Fr. 181'244.50 im Besitz der Stadt. Durch die Ereignisse des vergangenen Jahres und durch den lange Zeit für unmöglich gehaltenen Zusammenbruch der Swissair sind diese Aktien praktisch wertlos geworden. Sie konnten noch für einen Betrag von Fr. 5'030.– verkauft werden. Der Restbetrag ist daher abzuschreiben.

### Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen

908.332	Zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	6'400'000
---------	--	-----------

Angesichts der ausserordentlichen Buchgewinne soll rund die Hälfte des Ertragsüberschusses für weitere zusätzliche Abschreibungen verwendet werden. Dieser Betrag - der etwa den ausserordentlichen Buchgewinnen aus der Kantonalisierung der GBS entspricht - wird damit im Sinne der Legislaturziele für eine dauerhafte Reduktion des Buchwertes des Verwaltungsvermögens verwendet. Andererseits bleibt eine ähnlich hohe Einlage ins Eigenkapital möglich. Damit kann auf die ebenfalls erwogene Bildung einer Steuer-Rückstellung im Hinblick auf die nach wie vor grossen Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Umstellung im Steuerveranlagungsverfahren verzichtet werden.

### Steueramt

910.301	Löhne	250'000
---------	-------	---------

Das Steueramt der Stadt St.Gallen befindet sich in einer intensiven Übergangsphase von der zweijährigen Vergangenheits- und einjährigen Gegenwartsbesteuerung. Im Übergangsjahr 2001 rechnete man bei der Budgetierung nicht mit zusätzlichen, ausserordentlichen Arbeiten und ging daher von den Lohnkosten eines ordentlichen Steuerjahres aus. Das auslaufende Steuerjahr brachte jedoch unzählige Probleme mit sich, die nicht voraussehbar waren. Die



Anzahl der persönlichen Anfragen der Steuerpflichtigen im ersten Halbjahr verdoppelten sich beinahe. Der Umstieg auf die neue Steuerapplikation Napeduv brachte zusätzliche, zeitraubende und manuelle Eingriffe mit sich. Und nicht zuletzt ist ein Mehraufwand der geschätzten Anzahl Revisionsveranlagungen 1999/2000 von 50 % zu verzeichnen. Konkret bedeutet dies, dass rund 35'000 Veranlagungen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Steueramtes geprüft und davon 21'000 mit einer Revisionsveranlagung eröffnet werden müssen. Der grösste Teil der Veranlagungen wurde bis 1999 durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Freizeit erledigt und durch den Kanton entschädigt. Im heutigen System wurde darauf verzichtet, weil die Finanzierung durch den Kanton ausbleibt.

Die Nachfrage nach qualifizierten Steuerfachleuten ist seit letztem Sommer stark angestiegen und wird bis Mitte 2002 anhalten. Um einem Rekrutierungsengpass zuvorzukommen, hat das Steueramt per Anfang Jahr drei gut ausgebildete Aushilfen des vergangenen Jahres nicht entlassen, sondern im Aushilfsverhältnis weiter beschäftigt. Diese Aushilfen werden per 1.1.2002 in den erweiterten Stellenplan integriert. Seit August 2001 sind zusätzliche drei Lehrabgängerinnen der Stadtverwaltung beim Steueramt im Einsatz, deren Lohnkosten für 2001 noch nicht budgetiert sind.

Die zusätzlichen Lohnkosten für die Erhöhung der Mitarbeiterzahl um 20 Prozent für das nächste Jahr sind im Budget 2002 berücksichtigt. Diese Mehrkosten wurden bei der Budgetierung des Jahres 2001 unterschätzt. Zu erwähnen ist, dass durch diese Massnahme praktisch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits geschult und gut qualifiziert dem ersten Veranlagungsjahr der Gegenwartsbesteuerung entgegensehen.

### *INVESTITIONSRECHNUNG*

Im Zeitpunkt der Budgetierung lassen sich die genauen Bautermine und damit auch die Zahlungsströme bei grösseren, durch Verpflichtungskredite bereits bewilligten oder noch zu bewilligenden Bauvorhaben zum Teil nur mit relativ grossen Unsicherheiten voraussagen. Während in einzelnen Konten die Kredite nicht voll beansprucht werden, können in anderen die budgetierten Zahlungstranchen überschritten werden. Finanzrechtlich bedeutsamer als das Einhalten der Zahlungskredite in der Investitionsrechnung ist – solange die Nettoinvestition insgesamt eingehalten wird – jedoch die Beanspruchung der finanzrechtlich relevanten Verpflichtungskredite.

### **BAUVERWALTUNG**

Abteilungssekretariat

60.5035 Alstadtssanierungen, Ortsbild- und Denkmalpflege

246'000

Neben der Belastung verschiedener kleinerer Beiträge führten vor allem die denkmalpflegerischen Mehrkosten bei der Webergasse 26 zur erwähnten Kreditüberschreitung.



## Entsorgungsamt

72.5014 Gewässerschutzbauten

2'976'000

Bei verschiedenen Kanalbauten (z.B. Erschliessungskanal Vogelherd, Kanalbauten am Fluhweg, an der Wartensteinstrasse, an der Schönaustrasse, an der Rehweidstrasse, der Singenbergstrasse oder in der Lukasmüli) konnte mehr verbaut werden als geplant.

*SONDERRECHNUNGEN*

## STADTWERKE

## Allgemeine Verwaltung

750.3710 Abschreibungen auf dem Anlagevermögen

172'000

Nach der Erstellung der Voranschläge wurden verschiedene Investitionsprojekte beschlossen, die zu den erwähnten höheren Abschreibungen führten. Dazu gehörten vor allem verschiedene Informatikvorhaben (Zusatzkredit Netz 2000, Integration des EDV-Netzwerkes der sgsw in die Serverfarm der Stadt, Datensicherung mittels Bandroboter, Topologiewechsel auf FastEthernet). Ferner wurde ein Investitionskredit für die externe Begleitung der Detailkonzeptphase zur Ausgliederung der Stadtwerke durch eine Unternehmensberatungsfirma erteilt.

## Elektrizitätsversorgung

751.3798 Ablieferung an den allgemeinen Haushalt für Fernwärmeentschuldung 1'170'000

Nachdem die Fernwärmeversorgung aufgrund des positiven Rechnungsergebnisses keiner Beiträge an die Kapitalkosten bedarf, soll der dafür vorgesehene Betrag für die Entschuldung eingesetzt werden. Andererseits soll der von der Gasversorgung für die Entschuldung der Fernwärmeversorgung vorgesehene Beitrag reduziert werden. Damit wird - entsprechend den ursprünglichen Absichten - wieder ein grösserer Anteil dieser Entschuldung über die Elektrizitätsversorgung finanziert.

## Erdgasversorgung

752.3120 Arbeiten Dritter

210'200

Die flächendeckende Rohrnetzkontrolle zeigte vermehrte Schäden im Bereich der Graugussrohre. Dabei wurden das Mittel- und Hochdrucknetz sowie etwa ein Viertel der Niederdruck-



netze inklusive der Hauseinführungen durch eine Fremdfirma untersucht. Es wurden 257 Leckstellen geortet und klassifiziert. Bei 32 Fundstellen mussten Sofortmassnahmen veranlasst werden. Die restlichen 225 Stellen werden innerhalb der vorgesehenen Sanierungsprojekte behoben bzw. stehen unter Beobachtung.

752.3710      Abschreibungen auf dem Anlagevermögen      375'600

Für die Erdgas- und die Wasserversorgung ist 1994 ein Baukredit zur Realisierung eines gemeinsamen Fernwirk- und Betriebsleitsystems erteilt worden. Da die Kostenaufteilung auf die beiden Versorgungen nur provisorisch erfolgte, sind alle anfallenden Kosten vorerst in der Wasserversorgung verbucht worden. Mit der Bauabrechnung wird eine Kostenaufteilung auf die Erdgas- und die Wasserversorgung erfolgen. Bereits seit rund vier Jahren sind einzelne Anlagenteile in Betrieb. Im Vorjahr sind diese erstmals in der Erdgasversorgung abgeschrieben worden. Da die Budgetierung 2001 in jenem Zeitpunkt bereits abgeschlossen war, fehlen Fr. 361'100.– zur Abschreibung der Anlagenteile der Fernwirk- und Betriebsleitzentrale.

752.3715      Ausserordentliche Abschreibungen auf dem Anlagevermögen      323'400

Die Baukredite „Sanierung der Erdgas-Mitteldruckleitung im Bereich Meggenhus-Mörschwil“ und „Ausbau und Erneuerung der Erdgaseinspeisung Ost Riet – St.Gallen, Abschnitt Warteggweg Goldach-Bruggmühle“ konnten abgerechnet werden. Beide Bauten sollten mittels Relining-Verfahren saniert werden. Dabei hielten die Anlagen den Druckproben nicht stand und mussten neu gebaut werden. Die getätigten Investitionen in den alten Anlagen werden auf Hinweis der Finanzkontrolle daher vollständig abgeschrieben.

#### Wasserversorgung

753.3120      Arbeiten Dritter      383'000

Verschiedene Rohrbrüche zeigten ein erhebliches Schadenausmass. Die ausgeflossenen Wassermengen beschädigten nicht nur die Strassenflächen, sondern grossflächig auch den Strassenunterbau. Die Kostenüberschreitung ist im Wesentlichen auf die Havarien an der Wasserverteilleitung am Marktplatz, an der Poststrasse und an der Spitalgasse zurückzuführen.

#### Fernwärmeversorgung

754.3715      Ausserordentliche Abschreibungen auf dem Anlagevermögen      207'800

Das Rechnungsergebnis weist einen Überschuss von Fr. 193'610.05 aus. Aufgrund der bisherigen Bemühungen, die zukünftigen Rechnungen der Fernwärmeversorgung durch Vornahme zusätzlicher Abschreibungen zu entlasten, soll der Überschuss vollumfänglich für ausserordentliche Abschreibungen verwendet werden. Ausserdem musste im Umfang von 14'200 Franken der Restbuchwert einer Leitung im Lerchenfeld abgeschrieben werden.



## VERKEHRSBETRIEBE

76.311	Leistungszulagen und Auslagenersatz	368'000
--------	-------------------------------------	---------

Ende Jahr konnte mit den Personalverbänden eine Einigung im Arbeitskonflikt bei den Verkehrsbetrieben erzielt werden. Um sein grosses Interesse an einer Beilegung der seit 1998 andauernden Auseinandersetzungen zu unterstreichen, hat der Stadtrat in der noch strittigen Frage der Nebenarbeitszeiten angeboten, den dafür gemäss Reglement gewährten Zeitzuschlag rückwirkend ab 1999 um 5 Minuten zu erhöhen und die dadurch entstehenden Zeitzuschlagsschulden auszuzahlen. Die Auszahlung erfolgt im Jahr 2002.

## KEHRICHTVERBRENNUNGSANLAGE

79.3520	Entschädigung an auswärtige Kehrrichtverbrennungsanlagen	513'000
---------	--	---------

Im Januar 2001 stimmte der Stadtrat aufgrund der Überlastung der KVA St.Gallen dem Antrag zu, mit dem Zweckverband Abfallverwertung Bazenheid eine Vereinbarung zur Weitergabe von Abfall aus der KVA St.Gallen zur thermischen Behandlung in Bazenheid abzuschliessen. Zwischenzeitlich zeigte sich, dass aus Anlieferungen und aus einem geringfügigen Abbau des Ballenzwischenlagers insgesamt 3'200 Tonnen weitergeleitet werden müssen. Bei einem Tonnenpreis von Fr. 165.– ergibt dies – nach Abzug des vorhandenen Budgetkredits von 15'000 Franken – die erwähnte Summe.

GEWERBLICHE BERUFSSCHULE

860.3082	Entschädigungen für Lehrkräfte	115'300
----------	--------------------------------	---------

Die GBS führte mehr Infomatik-Kurse für das Amt für Arbeit durch. Ausserdem wurden im Lehrgang „Visuelle Gestaltung“ verschiedene Lehrkräfte im Auftragsverhältnis eingesetzt. Daraus resultierten einerseits Mehrerträge (Konto 860.4336), anderseits Minderaufwendungen (Konto 860.3020).

## 2 Kenntnissgabe über gebundene Ausgaben

Fels- und Hangsicherung beim Primarschulhaus Bach (Laufende Rechnung Konto 643.314)	281'000
--	---------

Ende März 2001 wurde der zuständige Projektleiter des Hochbauamtes von der Lehrerschaft des Primarschulhauses Bach und von Privatpersonen darauf aufmerksam gemacht, dass auf dem geteerten Pausenplatz einige grössere und kleinere Felsstücke liegen. Ein Augenschein vor Ort bestätigte die Meldung, und die wichtigsten Sofortmassnahmen wurden eingeleitet. Im Rahmen der weiteren Abklärungen wurde vom beigezogenen Geologen festgestellt, dass die Gefährdung als erheblich bezeichnet werden muss und bauliche Eingriffe (Felssicherung) unumgänglich sind.





Bei der Ausarbeitung des Projektes wurde der Sicherheit für den Pausenplatz und den Spielraum des angrenzenden Primarschulhauses Bach eine sehr hohe Bedeutung zugemessen und dem Waldschutz gebührend Rechnung getragen. Die westliche, senkrechte Felspartie wurde sorgfältig von Hand gerodet und geräumt und grossflächig mit einem Drahtgitter gesichert. Die Böschungskante und der Böschungsfuss wurden wieder mit einheimischem Wildgehölz bepflanzt. Entlang des Waldrandes zur Spielwiese des Primarschulhauses wurde der Schutzzaun erneuert bzw. verstärkt und vollständig neu verankert.

Zur Finanzierung des gesamten Projektes von 298'000 Franken kann zu einem geringeren Teil ein Nachbargrundstück herangezogen werden, während 281'000 Franken auf die Stadt entfallen. Diese Kosten werden der Laufenden Rechnung belastet. Bei der Beschlussfassung über diese dringlichen Sanierungsmassnahmen besteht kein Ermessensspielraum, da diese zur Gewährleistung der Sicherheit, insbesondere im Bereich des Pausenplatzes und der Spielwiese, zwingend notwendig sind und auch haftungsrechtliche Folgen für die Stadt als Grundeigentümerin entstehen könnten. Ebenso besteht eine klare zeitliche Dringlichkeit.

Zweites Teilprojekt zur Standardisierung der städtischen Netzwerk-Clients 616'000  
(Investitionsrechnung 93.5069.205)

Anlässlich der Rechnungsablage 2000 wurde bereits über das erste Teilprojekt, innerhalb dessen rund 400 Arbeitsplätze standardisiert werden konnten, orientiert. Mit dem zweiten Teilprojekt können die verbleibenden 600 Arbeitsplätze umgerüstet werden. Damit lassen sich alle weiteren Neuinstallationen oder Updates mit vergleichsweise geringerem Aufwand durchführen und die jährlichen Kosten für Wartung und Pflege der Systeme können gesenkt werden.

Topologiewechsel Tokenring auf FastEthernet 803'600  
(Investitionsrechnung 93.5069.206)

In den letzten Jahren hat sich der Telematikbereich rasant von der sog. Tokenring- (IBM Netzwerk-Protokoll mit ringförmiger Datenleitung) hin zur Ethernettechnologie (Bussystem, Netzwerkprotokoll ursprünglich von DEC) verlagert. Die Gründe liegen hauptsächlich in der beschränkten Ausbaufähigkeit und in der Marktverdrängung von Tokenring. Sämtliche neuen Endgeräte haben die Ethernetkarte bereits ab Werk vorinstalliert und Geräte der allerneuesten Technologie wie auch Applikationstechnologien (Bsp. sgsw und RIZ) basieren auf der Ethernettechnologie. Die gleiche Tendenz ist auch im Bereich der Netzwerkanbieter festzustellen.

Das Kosten-/Nutzenverhältnis hat sich eindeutig zu Gunsten der neuen Technik verlagert. Allein die eigentlich unnötigen Beschaffungskosten für Tokenringadapterkarten verursachen der Stadtverwaltung jährlich hohe Kosten. Die noch grössere Problematik in dieser auslaufenden Technologie stellt aber je länger desto mehr die schwierige Beschaffung der Netzwerkkomponenten dar. Die zukünftigen Bedürfnisse werden mit dem Topologiewechsel auf Fastethernet für die nächste Zukunft abgedeckt. Zu gegebener Zeit, wenn noch höhere Bandbreiten gefragt sind, wird der dafür ausgearbeitete Standard eingesetzt (Giga-Ethernet- und Glasfasertechnologie). Im Moment wäre es verfrüht, in diese Technologien zu investieren.



ren, denn das Kosten-/Nutzenverhältnis ist noch nicht gegeben.

Im Rathaus (Änderung der Verkabelung kann erst mit der Rathausanierung zum Thema werden) und zum Teil im Gebäude Brühlgasse 1 sind ausserdem veraltete, proprietäre Netzwerkverkabelungen aus den 80er Jahren installiert. Heute sind bei der Beschaffung von neuen IT-Technologien höhere Bandbreiten und universelle Anschlussmöglichkeiten notwendig. In den Verkehrsbetrieben wie auch z.T. bei den Aussenstellen des SSV und SOA wurde die Umstellung bereits vorgenommen, und im Vermessungsamt wurde aus technischen Gründen (DEC) von Beginn weg auf Ethernettechnologie gesetzt.

Die Umstellung auf Ethernet bedingt die Anpassung der universellen Gebäudeverkabelung (UGV) bzw. den Ersatz von Stockwerkverteilern (Switches), das Anpassen der Routing-Tabellen und Konfiguration der Netzwerke sowie Konfiguration und Einbau der FastEthernetboards an den Backbone-Switches.

Den Investitionskosten stehen jährliche Einsparungen pro Jahr von rund Fr. 98'000.– für die Beschaffung von Tokenringkarten und rund Fr. 25'000.– für die Erstellung von Tokenring-Hardware-Kits gegenüber. Aus technologischer Sicht gibt es zu dieser Umstellung keine Alternative. In zeitlicher Hinsicht muss eine umgehende Realisierung (Sommer 2001 – Frühsommer 2002) angestrebt werden, da die Systemverfügbarkeit nicht mehr im erforderlichen Umfang garantiert werden kann: Einzelne Komponenten und Ersatzteile können nicht mehr beschafft werden und neue Geräte gibt es z.T. gar nicht mehr für Token Ring.

Topologiewechsel Tokenring auf FastEthernet in den Stadtwerken

337'000

Es kann auf die vorstehende Begründung über den Topologiewechsel in der allgemeinen Stadtverwaltung hingewiesen werden. Aus den gleichen Gründen musste auch in den St.Galler Stadtwerken die Umstellung auf FastEthernet vorgenommen werden.

Teilersatz der Funkausrüstung in den VBSG

300'000

Die bestehende Funkanlage der Verkehrsbetriebe wurde Ende 1984 in Betrieb genommen. Gemäss Auflage des Bundesamtes für Kommunikation können in Funknetzen im Frequenzbereich 450 - 470 MHz ab dem 1. Januar 2003 nur noch Geräte mit dem 12,5-kHz-Kanalraster betrieben werden. Die Verkehrsbetriebe betreiben derzeit noch Geräte mit dem 25-kHz-Kanalraster. Eine Umstellung des Kanalrasters kann nur durch den Austausch der Geräte erfolgen. Nach bald 17-jährigem Einsatz ist grundsätzlich die gesamte Anlage ersatzbedürftig. Darauf wird angesichts der rasanten Entwicklung in der Übermittlungstechnologie verzichtet. Es werden neue Geräte eingesetzt, welche in ein später neu zu beschaffendes Übermittlungssystem integriert werden können. Die Ersatzbeschaffung der Geräte kann angesichts der Auflage der Konzessionsbehörde aus betrieblichen Gründen nicht aufgeschoben werden und lässt auch aus technischer Sicht kein Ermessen offen, weil die Anlage rasch angepasst werden muss.

### **3 Kennntnisgabe von Beschlüssen des Stadtrates über Zusatzkredite**



Nach Art. 41 Ziffer 3 der Gemeindeordnung ist der Stadtrat für die Erteilung von Zusatzkrediten "bis zu einem Viertel des ursprünglichen Verpflichtungskredites, höchstens aber bis zum Betrag von 100'000 Franken" zuständig. In Absprache mit der Geschäftsprüfungskommission gibt der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat Kenntnis von den im Rechnungsjahr erteilten Zusatzkrediten, welche - ohne die absolute Grenze von 100'000 Franken zu erreichen - einen Viertel des ursprünglichen Verpflichtungskredites übersteigen.

Instandstellung von drei Wohnungen in den Häusern Oberstrasse 167b,  
Oberer Graben 45, Kräzerenstrasse 27

Verpflichtungskredit (15.8.2000)	59'000
Zusatzkredit (6.11.2001)	18'200

Um die Vermietungsmöglichkeit zu verbessern, wurde im Einfamilienhaus Kräzerenstrasse 27 zusätzlich die Küche erneuert.

EDV-Ergänzungen in den Verkehrsbetrieben

Verpflichtungskredit (30.11.2000)	112'000
Zusatzkredit (9.1.2001)	60'000

Als Voraussetzung für die Einführung der mit den Personalverbänden vereinbarten individuellen Arbeitszeitaufrechnung für das Fahrpersonal musste die EDV-Hardware aufgerüstet werden. Weitere Detailabklärungen bei der Projektbearbeitung ergaben, dass die Gebäudeverkabelung bei den VBSG den durch die Software geforderten Übertragungsgeschwindigkeiten zum Server im Rathaus nicht mehr standhält. Zur Sicherstellung eines reibungslosen täglichen Betriebs des Systems wurde gleichzeitig die veraltete Gebäudeverkabelung an die neueste Topologie angepasst.

## **5 Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Für das Rechnungsjahr 2001 werden die oben begründeten Nachtragskredite erteilt.
2. Von den Beschlüssen des Stadtrates über die erwähnten gebundenen Ausgaben und die Zusatzkredite wird Kenntnis genommen.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates



Der Stadtschreiber:  
Linke

